GAMMA

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

2/00 - 28.Januar 00 - fast kostenlos*

>Das Antifa Infotelefon Leipzig könnt Ihr anrufen unter: 0341 - 940 540 7.

Infotelefon+GAMMA im Netz: http://www.free.de/infotelefon.

GAMMA per Faxabruf: 0341 - 940 540 8.

>Infos an uns: Anrufbeantworter+Fax: 0341 - 940 540 8, oder Post: IT, PF 101417, 04014 Leipzig, oder e-mail: infotelefon@gmx.de

>Wenn Ihr uns anruft, sprecht bitte langsam und deutlich und hinterlaßt, wenn möglich, eine Rückrufnummer! Wir sind an jeder Art Infos interessiert, sei es über Streß mit Bullen, Nazis oder eine Veranstaltung, Demo usw.,die Ihr plant. Dies können auch Fakten sein , die nicht veröffentlicht, sondern an die richtigen Stellen weitergegeben werden sollen.

* **Spende** in die GAMMA-Spenden-Kasse, die dort steht, wo's GAMMAs gibt. **[50]**

Was gewesen ist...

Lebenslang für Nazis

Wegen zweifachen (Polizisten-) Mordes, Mordversuchs und bewaffneten Bankraubs sind die beiden schwedischen Nazis Tony Olsson und Andreas Axelsson am 18.Januar zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Bundesweit

Platzt der Entschädigungsvertrag?

Die Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen in deutschen Firmen und Kommunen steht auf der Kippe. Der Gesetzentwurf aus dem Finanzministerium ist für die Opfer, deren Anwälte und die betroffenen osteuropäischen Länder der reine Hohn. Nicht nur, daß die zur Arbeit Gezwungenen nur einen Bruchteil der Summe bekommen sollen, der Ihnen eigentlich zusteht, auch wurden ArbeiterInnen in den besetzten Gebieten sowie in der Landwirtschaft ausgeschlossen. Die Nachkommen der TäterInnen von damals gehen jedoch weiter: Wer schon Haftentschädigung bekommen hat, dem wird diese von der Zwangsarbeitsentschädigung abgezogen und überhaupt müssen die betroffenen schon nachweisen, dass sie überhaupt und unter Haftbedingungen gearbeitet haben.
Ganz abgesehn davon sind deutsche Firmen keineswegs bereit, ihre durch die Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen erwirtschafteten Gewinne wieder abzugeben, der Stiftungsfond der Wirtschaft ist erst knapp zur Hälfte gefüllt.
Sollte die deutsche Seite bei ihrer Position bleiben, kann man nur hoffen, daß nach einem Scheitern der Verhandlungen ein weltweiter Boykott der BRD und ihrer Firmen dem Land die wirtschaftliche Vormachtstellung zerstört.

Videoüberwachung bald bundesweit legalisiert?

Der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung, Joachim Jacob, erklärte am 27.Januar, im ersten Halbjahr würden gesetzliche Grundlagen zur Überwachung öffentlicher Räume geschaffen. Das würde eine Ausweitung der sächsischen Regelung auf des Bundesgebiet bedeuten.

Todesfasten gegen Isohaft

Der in Hamburg inhaftierte Sympathisant der Revolutionären Volksbefreiungspartei (DHKP-C), **Ilhan Yelkuvan,** befindet sich mittlerweile seit Anfang Dezember in Hungerstreik, um gegen seine Isolationshaft zu protestieren. Dieser ist er seit mehr als einem Jahr ausgesetzt.
Diesem Hungerstreik haben sich weitere türkische und kurdische Häftlinge angeschlossen. Einige von ihnen sind mittlerweile in schlechtem gesundheitlichem Zustand. Manche Anstaltsleitungen versuchen, den Streik durch Gewaltmaßnahmen zu beenden.

Razzia bei kurdischer Presse

Wegen mutmaßlicher Unterstützung der PKK sind am **13.1.** in **Berlin**, **Düsseldorf** und **Neu-Isenburg** Wohnungen durchsucht worden, die in Zusammenhang mit der prokurdischen Zeitung **Ozgür Politika** stehen sollen.

Durchsuchung bei nadir

Das BKA hat am **25.Januar** in **Hamburg** und Köln Hausdurchsuchungen wegen vermeintlicher Bildung einer "terroristischen Vereinigung" durchgeführt. In Köln betraf dies die Büroräume der Internationalen Initiative, in Hamburg Privatwohungen und das Projekt B5. Belgische Spezialeinheiten durchsuchten in Amtshilfe für das BKA zeitgleich Wohnungen und nahm Leute vorübergehend fest.
Ziel der Razzia im B5 waren dort die Computer des nadir-Internetprojekts. Es wurden Türen aufgebrochen und

Zeugen der Aktion des Raumes verwiesen. Die Fahnder interessierten sich vor allem für die Homepages von Azadi, Informationsstelle Kurdistan, Kiz und Kurdistan Report, welche alle im WWW zugänglich sind. Weitere Daten wurden nicht kopiert, Computer wurden nicht beschlagnahmt.

Kritischer Fotograf darf bleiben

Ein kongolesischer Fotograf, der vor erlittener Folter aus dem Konge Mobutu sese Sekos geflohen und in der BRD Asyl erhalten hate, kanne weiterhin bleiben. Das Bundesamt für die An(!)erkennung ausländischer Flüchtlinge wollte ihm sein Asyl nachträglich aberkennen, da Mobutu nicht mehr die Macht habe. Das Verwaltungsgericht Magdburg hob diesesn Entscheid jedoch auf, es bestehe im Kongo nach wie vor gefahr für kritische JournalistInnen.

Abschiebung nach Grosny

Ein junger russischer Abschiebehäftling ist am Wochenende des 16.Januar aus der Haftanstalt geflüchtet. Ein zweiter versuchte es ebenfalls, wurde jedoch geschnappt. Beiden steht bei einer Abschiebung die unmittelbare Einziehung zum Wehrdienst und wahrscheinlich ein einsatz im Tschetschenienkrieg bevor.
Die Ausländerbehörde hatte sogar versucht, aus dem unter russischem Beschuß stehenden Grosny noch Informationen zu bekommen, um einen Mann dorthin abschieben zu können. (taz HB 19.1.)

Keine Beamtin mit Kopftuch

Eine Lehrerin, die 1990 zum Islam übergetreten war, darf nicht verbeamtet werden. Sie legte Klage ein, das Hauptverfahren steht noch aus.

Rechte Gewalt

Frankfurt, 6.1.: Der am 24.12. von mehren deutschen Autofahrern angegriffene Iranische Taxifahrer ist nach 2wöchigen Koma **verstorben**. Er wurde damals mit einem Schlag auf den Kopf verletzt hatte.
Koblenz, 16.1.: Zwei Naziskins haben zwei Afrikaner angegriffen, einer erlitt Prellungen im Gesicht, ihr Auto wurde beschädigt. Die Angreifer wurden vorläufig festgenomen.
Elmshorn: Seit dem Jahreswechsel terrorisieren Neonazis aus dem Umfeld des "Hamburger Sturms" und Freier Nationalisten den Ort und vor allem die IG Metall wegen deren Mitgliedschaft im antifaschistischen Bündnis "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!". Sie klebten Plakate mit "Juden raus!" und verübten einen Brandanschlag auf das IG Metall-Büro.
Magdeburg, 16.1.: Rund 20 Faschos überfielen eine Party in einer Privatwohnung. 6 Gäste sind verletzt wurden, 2 davon mußten ins Krankenhaus. Zehn der Nazis wurden vorläufig festgenommen.
Frankfurt/Oder: Ein 27jähriger Nazi, der zusammen mit zwei anderen in einem Einkaufszentrum rechte Parolen gegrölt hatte, hetzte seinen Hund auf Polizisten, die die Faschos festnehmen wollten. Ein Beamter erlitt Bißverletzungen.

"Zentralorgan" gerazzt

Eines der wichtigsten Blättchen der Freien Kameradschaften, das Hamburger **"Zentralorgan"**, war am **10.1.** Ziel einer Durchsuchung. Betroffen waren davon Gebäude in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

"Radio Germania" no more on the air

Das Naziradioprogramm darf nach nicht mehr im Berliner Offenen Kanal ausgestrahlt werden. Das beschloss das Berliner Amtsgericht am 26.Januar.

Tarnung vergessen

Der hessische Landesschatzmeister der CDU, Sayn-Wittgenstein, hat im Versuch, Gelder von Schwarzkonten zu vertuschen, tief in sein Bewußtsein gegriffen: Er behauptete, die Gelder stammten aus jüdischen Erbschaften. Die Äußerung führte zu heftigen Kritiken in der Öffentlichekeit und zu einer Klage wegen Volksverhetzung.

Tarnung nicht benötigt

hat der baden-württembergische Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen und CDU-Fraktionsmitglied im Stuttgarter Landtag, Arnold Tölg. Er wetterte in einem Interview gegen die Forderungen der Zwangsarbeiter an deutsche Firmen, weil dies alles längst verjährt und entschädigt wäre. Außerdem würde niemand über die deutschen Zwangsarbeiter im Ausland reden.
Passenderweise hat er das Interview der rechtsextremen Wochenzeitung "Junge Freiheit" gegegeben.

Bremerhavener Behörden helfen der DVU

...ihr Werbematerial und ihre Devotionalien besser zu vertreiben. Sie lieferten der Partei Adressenlisten Bremerhavener Einwohner.

Rassistische Taxifahrer, zweiter Anlauf

Nachdem ein ähnlicher Versuch letztes Jahr bereits in Düsseldorf an der gerichtlichen Ablehnung scheiterte, versuchen Berliner Taxifahrer jetzt dasselbe: Initiator **Bernhard Weidner** will einen sogenannten Service "Berliner Kutscher" einrichten, bei dem die rassistischen BerlinerInnen explizit einen deutschen, "Gestandenen Berliner", Fahrer verlangen können.
Das Projekt ist nicht nur deswegen, sondern auch auf der Datenschutzebene fragwürdig, juristisch und politisch: In Weidners Konzept sollen die Standorte die anrufenden Kunden von einem Computer ermittelt und weitergegeben werden.

Wissenschaftliche Braunzone

Am Dresdner **Hannah-Ahrendt-Institut** tobt derzeit der Streit um einen Artikel des Institutsmitarbeiters **Lothar Fritze**, der Hitler-Attentäter Georg Elser die Kompetenz und Rechtfertigung für seine Tat abgesprochen hatte. Instituts-Chef **Klaus-Dietmar Henke** und etliche andere Wissenschaftler hatten dies kritisiert und wichtige Sponsoren des Ahrendt-Instituts hatten ihren Rückzug aus der Finanzierung angekündigt. Rechtskonservative wie **Uwe Backes** (Henkes Stellvertreter), **Eckhard Jesse** und zuletzt der Dresdner Professor **Werner Patzelt** verteidigten Fritze dagegen vehement. Schließlich passen dessen Thesen schlüssig in ihre NS-Deutschland relativierende Totalitarismus-Theorie.

Nach taz-Informationen soll der Streit eventuell durch die Schaffung einer Professur für Backes an der TU Chemnitz gelöst werden. Dort hat bereits Jesse einen Lehrstuhl an der Politikwissenschaftlichen Fakultät, beide arbeiten seit Jahren zusammen. Unter Jesse hatte Lothar Fritze auch seinen umstrittenen Text als Antrittsvortrag einer Vorlesung gehalten. (taz 18.1.u.a.)

Brandanschlag wegen Mahler?

Auf das Haus der Heimat in **Eckenheim** wurde am 10.Januar ein Brandanschlag verübt, bei dem Sachschaden in Höhe von 100.000 DM entstand. Eine Veranstaltung mit Horst Mahler, die fünf Tage später dort stattfinden sollte, musste deswegen ausfallen.

LL-Demo nachgeholt

Begleitet von 2.000 Polizeibeamten hat am **15.1.** in **Berlin** der traditionelle Gedenkmarsch für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stattgefunden. Wie erwartet kamen rund 100.000 Teilnehmer zur der von der PDS veranstalteten Kundgebung. Alles sei friedlich geblieben, berichtete die Polizei. Ganz im Gegensatz zum vorhergegangenen Wochenende, bei dem es zu unzähligenVerhaftungen gekommen war.

Regional

Nazi-Konzert aufgelöst

Am **22.Januar** wurde in **Dohna** (Landkreis Sächsische Schweiz) ein verbotenenes Nazi-Skin-Konzert aufgelöst. Die 150 Boneheads mussten wieder nach Hause gehen. Einer weigerte sich, den Platzverweisen nachzukommen und wurde vorläufig in Geahrsam genommen.

Leipzig

Allgemeine Sicherheit gefährdet!

Immer mehr Menschen im Stadtteil Connewitz fühlen sich zunehmend bedroht, sobald sie das Haus verlassen. An jeder Ecke lauern Polizeibeamte, die teilweise schikanöse Kontrollen vornehmen. Meistens suchen sie sich Leute, die ihrem Feindbild von "linker Szene" entsprechen, verteilen Bußgelder wegen unangeleinten Hunden, vergleichen die Personalien mit Datenbanken oder führen innerhalb einer halben Stunde auch schon mal vier "Allgemeine Verkehrskonrollen" am selben Fahrzeug durch.
Es ist also nicht nur die Kamera am Kreuz, die Unsicherheit verbreitet. Mittlerweile ist sogar eine Hundertschaft Einsatzpolizei "auf unbestimmte Zeit" in der Umgebung des Kreuzes stationiert.
Wer in letzter Zeit ähnliche Erfahrungen mit den Ordnungskräften gemacht hat, soll diese bitte in einem Gedächtnisprotokoll festhalten und der ag öffentliche räume beim bgr, Koburger Straße 3, 04277 Leipzig, zukommen lassen. Diese sollen gesammelt werden, um Vorfälle öffentlich machen zu können und gegebenfalls rechtliche Schritte einzuleiten.

Folgen der Naziverharmlosung

Eine Veranstaltung des Leipziger Theaters LOFFT musste auf unbestimmte Zeit verschoben werden, weil es angeblich Drohungen einer rechten "Kampftruppe" gab. Der Autor **Helmut Schödel** wollte aus seinem Buch "Die Sehnsucht nach der Schande" lesen. Darin betreibt er eine naive Verharmlosung der Naziszene speziell am Beispiel des Grünauer Kirschberghaus. Das als "Kameradschaftsabend" angekündigte Auftauchen der Nazis ist nicht gerade eine Bestätigung seiner Auffassung, das seien alles nur "Nachbarskinder".

Polizeiübergriffe in Connewitz

Ungefähr 200 Menschen versammelten sich am **26.Januar** gegen 16 Uhr am Connewitzer Kreuz, um gegen die Kameraüberwachung und die überzogene Ordnungspolitik der Stadt Leipzig zu protestieren. Sie blockierten mit Transparenten die Kreuzung. Als die Polizei die Räumung der Straße ankündigte, verließen die DemonstrantInnen diese. Dabei kam es zu Gerangel von Seiten der Polizei. Da Kritik an der Leipziger Sicherheitspolitik mittlerweile "mit dem Knüppel" (ag öffentliche räume beim bgr) beantwortet wird, wurde allen Anwesenden ein Platzverweis für das gesamte Kreuz erteilt. Diese kamen dem auch nach.
Als dann aber eine Kurzdemonstration vom Kreuz in Richtung Markleeberg bis zur Herderstraße durchgeführt wurde und sich die spontane Versammlung dort selbst auflöste, begannen die Einsatzkräft mit der Jagd auf Menschen. Passanten und andere Unbeteiligte wurden in Gewahrsam genommen, meistens, ohne ihnen vorher einen rechtskonformen Platzverweis erteilt zu haben ("Dann ergeht eben hiermit die zweite, dritte Aufforderung, kommen Sie mit!"). Journalisten wurden in ihrer Arbeit behindert und tätlich angegriffen. Insgesamt kam es zu einer vorläufigen Festnahme und sieben Gewahrsamnahmen.
Das Hofblatt der Stadt Leipzig, LVZ, schäumte zwei Tage später von einer "kriminellen Szene", die nach wie vor unter Überwachung gehöre...

Was sein wird...

Kalenda

5.12. Berlin: Demo für die Freiheit und das Leben von Mumia Abu-Jamal.

Bundesweit

NPD-Aufmarsch in Göttingen

Der Aufmarsch und die Gegenaktionen am **29.1.** in Göttingen sind durch die Stadt verboten. Mensch kann aber davon ausgehen, daß Rechtsmittel eingelegt werden.
Die DGB-Kundgebung bleibt zugelassen.

Nazi-Aufmarsch in Berlin

Diverse Nazis, u.a. auch die regionalen NPD-Strukturen, mobilisieren zu einem Aufmarsch gegen das geplante Holocaust-Denkmal. Sie wollen 14 Uhr von der Friedrichsstraße zum Baugelände laufen.
Gegenaktionen: 11 Uhr Demo ab Rosa-Luxemburg-Platz, 14 Uhr Kundgebung direkt am Denkmals-Platz.

Regional

Antifademo in Weimar

Am **30.1.** soll es in Weimar unter dem Motto „Aktiv werden gegen FaschistInnen hier und überall, gestern, heute und morgen" eine Antifa–Demo geben. Treff 14 Uhr am Baudertplatz (HBf).

Demo gegen NPD-Zentrum in Riesa

Am **12.Februar** rufen verschiedene Gruppen zu einer antifaschistischen Demo gegen die **"Deutsche Stimme"** in Riesa auf. Die NPD-Zeitung zieht momentan in ein Objekt im Gewerbegebiet Weida ein, in dem auch ein Schulungszentrum sowie diverse Nazi-Versände angesiedelt werden sollen.
Beginn der Demo ist **14 Uhr** Am Riesenhügel (Bahnhofstraße).

Naziaufmarsch in Gera

Nazis planen für den **12.Februar** in Gera einen Aufmarsch gegen das geplante AsylbewerberInnenheim. Ihr Treff ist 12 Uhr Platz der Demokratie. Mehr Infos später.

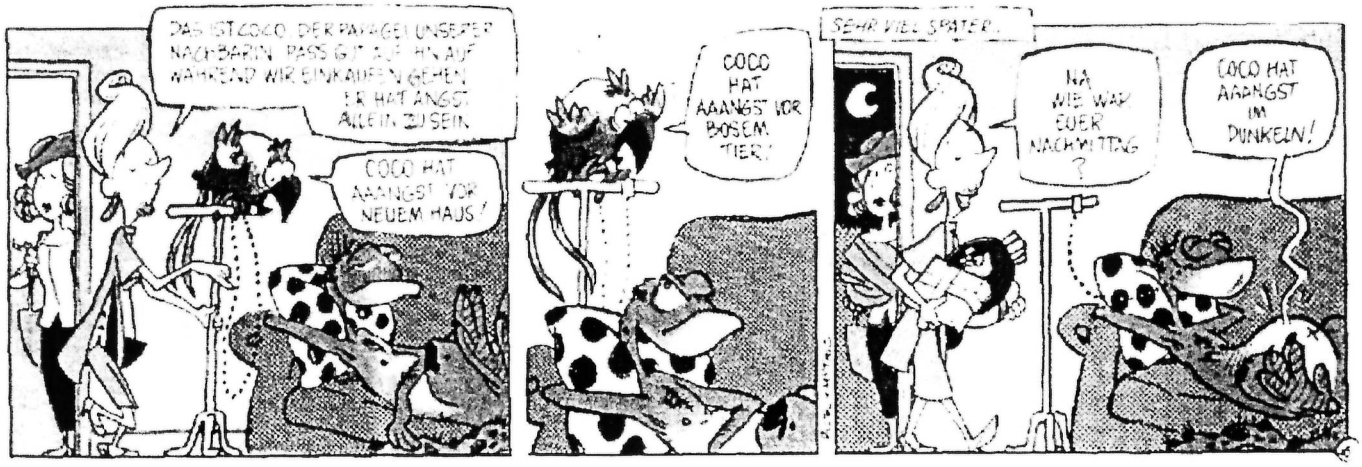
Leipzig

Abfahrt Göttingen/Berlin 29.1.

Treff für beides jeweils am Hauptbahnhof. Abfahrtszeiten siehe Flyer in den Projekten. Wenn sich am Treff Sonnabendmorgen herausstellt, dass in Göttingen nichts ist, kann immer noch nach Berlin gefahren werden.

Protestdemos in Connewitz

In der kommenden Woche findet von Montag, den 31.Januar, bis Freitag, den 4.Februar, täglich eine Demonstration gegen die Überwachungspolitik der Stadt Leipzig und die zunehmende Schikanierung von Connewitzer Bevölkerungsteilen statt. Auftakt ist immer



Zum Schluß noch ein paar wichtige Links:
Auf dem **Infotelefon GARFIELD** aus dem Rhein-Neckar-Raum könnt Ihr weitere aktuelle Nachrichten - bundesweite wie regionale - hören. Das Telefon wird zweimal wöchentlich aktualisiert. Die Nummer ist 06272-3559. Dann gibt's noch das **Antifa-Infotelefon Berlin** unter 030-275 6075 6. Viele Infos findet Ihr auch auf der website vom **Antifa Update** der **Frente**: members.tripod.de/Frente

GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen, im Buchladen Bruchsteine und in der Lichtwirtschaft.